

Süddeutsche Zeitung

NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

WWW.SÜDDEUTSCHE.DE

HF1

MÜNCHEN, FREITAG, 1. SEPTEMBER 2017

73. JAHRGANG / 35. WOCHE / NR. 201 / 2,90 EURO

Das Streiflicht

(SZ) Der Bandwurmsatz, der sich in nicht enden wollenden Nebensätzen fortschlingt, weil ihm ständig irgendetwas einfällt, ohne dessen zumindest vorläufige Erörterung er nicht glaubt voranschreiten zu können, gilt aus Gründen, die hier zu erläutern zu weit führen würde, obwohl dies ein durchaus reizvolles Unterfangen wäre, beim Volk als eher unbeliebt. In der Kürze liegt die Würze, sagt der Volksmund.

Der von Sprachwissenschaftlern erstellte „Hohenheimer Verständlichkeitsindex“, dessen Skala von 0 (völlig unverständlich) bis 20 (sehr verständlich) reicht, hat den Bandwurmsatz jetzt als Hauptschuldigen dafür ausgemacht, dass die Programme der Parteien zur Bundestagswahl so „schwer verdaulich“ sind. Hauptverbündeter des Bandwurmsatzes ist das „Wortungetüm“, und es ist die FDP, die mit mehr als 90 Wörtern den längsten Satz im Programm hat und ein Wortungetüm, mit dem sie der von ihr nicht sonderlich geliebten Bürokratie in deren Sprache zu Leibe rücken will, die „Mindestlohndokumentationspflichtenverordnung“. Seltsamerweise ist es das Wahlprogramm der AfD, der Partei, die als Stimme des Volkes antritt, dem der Hohenheimer Index die größte Unverständlichkeit bescheinigt.

Mit dem Volksmund aber hat es eine seltsame Bewandnis. Er meint nicht immer, was er sagt. Zwar reimt er die Würze auf die Kürze, aber insgeheim liebt er auch die Bandwürmer und die Wortungetüme und mag sie ungern den Verfassern von Parteiprogrammen für Bundestagswahlkämpfe überlassen. Er selbst hat den Bandwurmsatz in die Welt gesetzt, ihn mit den leiblichen und geistigen Verdauungstrakten verknüpft und seinen Schabernack mit ihm getrieben. Und seit Simplicius Simplicissimus, der mit barockem Überschwang den Bandwurmsatz der Bürokratie entführt hat, hat er in den Romanen zu deren Vorteil sein Unwesen getrieben. Und erst der Kindermund! Der merkt es schnell, wie leicht es ihm die deutsche Sprache macht, riesige Wortungetüme zu erfinden. So geistern seit Generationen Donaudampfschiffkapitänsmützenschilderreinigungstücher durch die Folklore, und es wäre schade, wenn alle diese Monstren auf dem Hohenheimer Index landen würden. Es wäre im Gegenteil sehr zu wünschen, wenn etwas von der unbändigen Sprachlust, mit der Volks- und Kindermund sich der Bandwurmsatz und Wortungetüme angenommen haben, in die Sprache der Politik einginge. Man stelle sich nur vor, in die Bundeskanzlerin und ihren Herausforderer würde dieser Geist des Überschwangs fahren und ihnen Bandwurmsätze eingeben, die in immer neuen, überraschenden Wendungen eine ständig wachsende Spannung erzeugen, die sich erst ganz am Ende in einer Pointe auflöst, die niemand hat vorhersehen können – die Langeweile, die den Wahlkampf beherrscht, hätte plötzlich einen Gegner.



FOTO: AP/MAMIL ZHINOGLIU

Seine Majestät Macron

Emmanuel Macron liebt Auftritte, die die Würde und die Macht seines Amtes zeigen. Kritiker meinen, mit seinen Inszenierungen nähere er sich dem Personenkult. Äußerungen wie diese perlen an dem Präsidenten ab, denn der 39-Jährige hat eine Mission, die zu seinem spätmonarchischen Gebaren nicht zu passen scheint: Frankreich soll moderner werden. Dazu stellte seine Regierung am Donnerstag eine umfassende Reform des Arbeitsmarkts vor. Während Macron im Élysée-Palast einen afrikanischen Staatsgast empfing, erläuterte Premierminister Édouard Philippe, dass Kündigungen erleichtert, Betriebsvereinbarungen vereinfacht und die Bindung einzelner Unternehmen an Flächen-tarifverträge gelockert werden sollen. Dies könnte zum Beispiel das allmähliche Ende der 35-Stunden-Woche bedeuten. Die Regierung erhofft sich dadurch, dass Unternehmer mehr Arbeitskräfte einstellen und Frankreich für Investoren attraktiver wird. Doch für den Modernisierer Macron dürften die nächsten Wochen schwierig werden. Gewerkschafter und etliche linke Politiker haben Demonstrationen und Streiks angekündigt. **UL > Seiten 4 und 8**

Nato besorgt über Russlands Atomprogramm

Moskau verstößt nach Meinung der Allianz seit Jahren gegen ein zentrales Abrüstungsabkommen. Auf Druck der USA gibt es deshalb im Bündnis Planspiele, die nukleare Abschreckung auszubauen

VON LENA KAMPP UND GEORG MASCOLO

Brüssel – Die Nato erwägt Schritte gegen Russlands Atomprogramm. Nach Überzeugung der Allianz verletzt Präsident Wladimir Putin eines der bedeutendsten Abrüstungsabkommen der vergangenen Jahrzehnte – den INF-Vertrag von 1987. Er verbietet den Besitz von bodengestützten Kurz- und Mittelstreckenraketen sowie von Marschflugkörpern mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 Kilometern. Für die Nato stellt dieser Bruch nach eigenen Angaben eine „ernste Besorgnis“ dar. Nach Informationen von *Süddeutscher Zeitung*, NDR und WDR hat das Bündnis ein als geheim eingestuftes Papier an die Mitgliedsstaaten übermittelt, in dem es darum geht, wie auf den Bruch reagiert

werden könnte. Das Dossier, das den Namen „Was wäre wenn“ trägt, listet insgesamt 39 Optionen auf. Einige sind sehr weitreichend, zum Beispiel ist davon die Rede, die nukleare Abschreckung der Nato auszubauen. Auf der Liste finden sich Empfehlungen, mehr Frühwarnsysteme zu installieren, die U-Boot-Abwehr zu verstärken und B-2- und B-52-Bomber häufiger in Europa einzusetzen. Auch die Einsatzbereitschaft jener Flugstaffeln in Europa zu erhöhen, die Atombomben abwerfen können, wird genannt. Deutschland gehört zu den Ländern, in denen diese Staffeln stationiert sind.

Ausdrücklich abgeraten wird dagegen von neuen Sanktionen. Keine Option für die Autoren ist es auch, dass die USA den INF-Vertrag kündigen und in Forschung und Entwicklung von Kurz- und Mittelstren-

ckenwaffen einsteigen. Obwohl der INF-Vertrag nur Bau und Stationierung verbietet, befürchtet die Nato, dass diese Schritte die „anti-amerikanische Stimmung verschärfen“ würden. Nach Angaben aus Nato-Kreisen wird in der amerikanischen Administration jedoch über einen solchen Schritt nachgedacht, auch weil US-Präsident Donald Trump unter dem Druck des Kongresses steht.

Allerdings wird in dem Dossier ebenso darüber nachgedacht, wie Russland an den Verhandlungstisch gebracht werden kann. Die Nato, welche die Diskussionen über das russische Atomprogramm am Donnerstag bestätigte, forderte Russland auf, „konstruktiv zur Lösung dieses entscheidenden Themas beizutragen“. Den Inhalt der vertraulichen Überlegungen wollte das Bündnis nicht kommentieren.

Bis heute gilt der 1987 beschlossene INF-Vertrag als Durchbruch in der Rüstungskontrolle. Die USA sind aber davon überzeugt, dass Moskau bereits seit 2008 gegen das Abkommen verstößt; Russland erhebt ähnliche Vorwürfe gegen die Vereinigten Staaten. In den vergangenen Monaten haben die USA den Druck auf die Allianz erhöht: Auch die Nato müsse sich nun konkret mit dem Thema beschäftigen, heißt es aus Washington.

Die Krise kommt zu einem gefährlichen Zeitpunkt. Sowohl Russland als auch die USA haben angekündigt, ihre nuklearen Arsenale zu modernisieren. Die Präsidenten beider Länder haben bei verschiedenen Gelegenheiten offen über den Einsatz solcher Waffen gesprochen; Putin in Zusammenhang mit dem Krim-Krieg, Trump in Bezug auf Nordkorea. **> Seiten 4 und 9**

Herzrasen

Die Software von Schrittmachern hat Sicherheitslücken

Im sprichwörtlichen Sinn ist wohl jedem schon einmal das Herz stehen geblieben, meistens vor Schreck. In der weltlichen Realität gibt es Menschen, deren Herz aus medizinischen Gründen aussetzt – und die deshalb einen Herzschrittmacher tragen. Was sie nicht vor einem gehörigen Schrecken bewahrt.

Mit einem beispiellosen Massenauftrag drängt die amerikanische Arzneimittelbehörde FDA derzeit fast eine halbe Million Patienten in den USA, die Software ihrer Herzschrittmacher aktualisieren zu lassen. Das Update solle verhindern, dass Hacker sich „Cyberschwächen“ der bisherigen Programmierung zunutze machen. Betroffen sind in den USA sechs Modelle des Herstellers St. Jude Medical, die über Radiofrequenzen angesteuert und in der Funktion verändert werden können. Schon seit Januar ist bekannt, dass die mit dem Internet verbundenen Basisstationen der Geräte ein Sicherheitsproblem

haben. Laut FDA ist das Sicherheitsproblem tatsächlich groß genug, um die Funktion der Schrittmacher zu stören.

Dieser Umstand könnte auch hiesigen Patienten nun Angst einjagen, denn in Deutschland werden sogar insgesamt neun Produkte aus den Reihen Accent, Anthem, Assurity und Allure implantiert. Auf Nachfrage teilte St. Jude Medical der SZ am Donnerstag mit, dass „ungefähr 12.661 Schrittmacher“ für ein Update infrage kämen. Das sind zwar weniger Patienten als in den Vereinigten Staaten. Beruhigen muss das die schätzungsweise mehr als 500.000 Träger von Schrittmachern in Deutschland aber noch nicht. Das Update ist hier nämlich noch gar nicht verfügbar. „Viele wissen zudem gar nicht, was für ein

Fabrikat sie bekommen haben“, sagt Andreas Markewitz vom Bundeswehrkrankenhaus in Koblenz, der für das Deutsche Herzschrittmacherregister die Jahresberichte verfasst.

Der Herzchirurg warnt jedoch vor Panik. „Es ist sehr viel wahrscheinlicher, dass sich hektisch einbestellte Patienten auf dem Weg zum Arzt ein Bein brechen, als dass ihnen ohne das Software-Update nun etwas zustößt.“ Bislang sei in Deutschland kein einziger Fall eines Hackerangriffs auf Herzschrittmacher bekannt geworden. Um die Funktion der Geräte gezielt zu manipulieren, müsse ein geübter Hacker auf wenige Meter an den Patienten herankommen. „Das geht nicht einfach übers Internet.“

Doch selbst wenn Sicherheitslücken derzeit keinen leichten Zugang zum Herzschlag eines Patienten gewähren: Sie legen sensible Daten der Patienten offen. Und das gilt nicht nur für Herzschrittmacher, sondern auch für Insulinpumpen, Infusionsgeräte und andere Implantate, die heute standardmäßig mit einer Computereinheit ausgestattet sind. „Das Design der Geräte ist gut genug, um Unfälle zu verhindern“, sagt der Cybersicherheits-experte Eiereann Leverett von der University of Cambridge. „Hackerangriffe sind bloß etwas ganz anderes.“ Man könne das mit einem Auto vergleichen, dessen Gurte und Airbags die Insassen schützen sollen. Trotzdem schlössen diese Maßnahmen nicht aus, dass sich jemand am Auto zu schaffen mache. Das Risiko von medizinischen Cyberattacken schätzt der Informatiker deshalb zwar als gering ein. „Aber es ist nicht gleich null. Und es nimmt stetig zu.“ **KATHRIN ZINKANT**

Brüssel erhöht den Druck auf London

EU-Unterhändler sieht keinen Fortschritt bei Brexit-Gesprächen. Offenbar will Großbritannien nur bis zum Austritt zahlen

Brüssel – Der Brexit-Chefunterhändler der EU, Michel Barnier, hat den Druck auf die britische Regierung deutlich erhöht. Sollten die Verhandlungen über einen EU-Austritt des Vereinigten Königreichs in diesem Tempo weitergehen, könnten die von London gewünschten Gespräche über ein Handelsabkommen nicht wie geplant im Herbst beginnen, erklärte Barnier am Donnerstag in Brüssel. Auch bei der dritten Verhandlungsrunde in dieser Woche habe es „keinen durchschlagenden Erfolg bei den wichtigsten Themen“ gegeben. Der britische Brexit-Minister David Davis sprach von „erheblichen Differenzen“.

Mehr als ein Jahr ist vergangen, seit die Mehrheit der Briten für den Austritt aus der Europäischen Union gestimmt hat. Vor fünf Monaten reichte Premierminister

Theresa May das offizielle Austrittsgesuch ein. Am 29. März 2019 wird Großbritannien nicht mehr Mitglied der EU sein. Bis dahin wollen beide Seiten eine umfassende Vereinbarung aushandeln. London dringt darauf, schon jetzt über die künftigen Beziehungen zu sprechen, vor allem die wirtschaftlichen. Doch dazu ist die EU nur bereit, wenn drei Themen geklärt sind: die Rechte der Bürger in den jeweiligen Territorien, die finanziellen Verpflichtungen und die Irland-Frage. Erst wenn die Staats- und Regierungschefs der EU „ausreichenden Fortschritt“ in diesen Punkten sehen, darf Barnier laut Verhandlungsmandat über das künftige Verhältnis sprechen.

Die dritte Brexit-Runde in Brüssel zeigte, dass die Unterhändler davon noch weit entfernt sind. Es gibt nicht nur fundamen-

tale Unterschiede in der Rechtsauffassung, auch „Vertrauensbildung ist noch notwendig“, mahnte Barnier. Er spüre zwar eine „gewisse Nostalgie“ auf britischer Seite, aber man könne nicht die Vorzüge des Binnenmarktes behalten, ohne EU-Mitglied zu sein. Davis entgegnete, „man sollte den freien Markt nicht mit Nostalgie verwechseln“.

Die Forderung der EU, dass die Rechte ihrer Bürger auch nach einem Brexit unter der Kontrolle des Europäischen Gerichtshofs stehen, lehnt London weiter ab. Auch beim Streitpunkt, wie viel Großbritannien der EU finanziell schuldet, gab es keine Annäherung. Im Gegenteil: Die britische Seite erklärte, dass sie nach dem Brexit keine weiteren Zahlungen in den EU-Haushalt leisten werde. Barnier erinnerte daran,

dass London noch im Juli anerkannt habe, dass es „Verpflichtungen über das Brexit-Datum hinaus“ gebe. Dies scheint offenbar nicht mehr zu gelten. „Die EU verlangt vom britischen Steuerzahler sehr viel Geld“, sagte Brexit-Minister Davis. In Brüssel ist von etwa 60 bis 100 Milliarden Euro die Rede. Lediglich in der Irland-Frage gab es einen Erfolg. Die Briten garantierten, dass sie EU-Bürger an der irisch-nordirischen Grenze nicht kontrollieren würden.

Davis forderte insgesamt flexiblere und kreativere Lösungen, es sei Sache der EU-Kommission, da „etwas nachzuziehen“. Schließlich gehe es um Menschen und nicht um Verfahren. Barnier sagte, dass er dazu bereit sei, doch erst müssten „eindeutige Vorschläge“ aus London kommen. **ALEXANDER MÜHLAUER > Seite 4**



Ordnung Im Görlitzer Park in Berlin regiert ein Chaos aus Müll, Drogen und Gewalt. Wir haben den Mann begleitet, der dort für Ruhe sorgen soll. **Regeln** Wer Hundertjährige nach ihrem Geheimnis für ein langes Leben fragt, bekommt sehr widersprüchliche Tipps. **Zahlen** Ein Interview mit dem Wahlforscher Manfred Güllner über schwierige Prognosen und den Selbstbetrug der Nichtwähler. **Liegt nicht der gesamten Auslandsauflage bei**

Sechs Seiten Beilage
The New York Times
ASSOCIATED WITH Süddeutsche Zeitung

Heute mit Immobilien:
Kauf- und Mietmarkt

Explosionen in Fabrik
nahe Houston

Houston – In einigen Orten geht das Hochwasser zurück, doch der US-Bundesstaat Texas wird noch lange mit den Schäden durch den Sturm *Harvey* zu kämpfen haben. In einer Chemiefabrik lösten die Überschwemmungen Explosionen aus, wie der Betreiber Arkema mitteilte. Nach dem Rückgang der Flut in Houston wurden weitere Todesopfer entdeckt. **AFP > Seite 8**

Dax ▲	Dow ▲	Euro ▼
Xetra 16.30 h	N.Y. 16.30 h	16.30 h
12093 Punkte	21970 Punkte	1,1861 US-\$
+ 0,77%	+ 0,35%	- 0,0021

DAS WETTER

TAGS **22° / 7°** NACHTS

Im Süden und in Sachsen bewölkt und zum Teil kräftiger Regen. Sonst wechselnd bewölkt und nur örtliche Schauer. Vereinzelt sind Gewitter möglich. Temperaturen zwischen 13 und 22 Grad. **> Seite 14**

Die SZ gibt es als App für Tablet und Smartphone: **sz.de/plus**

HEUTE

Thema des Tages
40 Jahre Deutscher Herbst – was der Umgang mit der RAF in Bezug auf den IS-Terror lehren kann **2**

Die Seite Drei
Autos sind im Französischen Viertel in Tübingen verpönt, aber nicht jeder verzichtet darauf **3**

Meinung
Die Performance der Regierung May ist grotesk. Doch die Briten werden auch das überstehen **4**

Wissen
Die Nachfrage nach Mischlingen aus Wolf und Hund steigt, doch meist sind die Halter überfordert **16**

Wirtschaft
Noch nie hatten so viele Deutsche einen Job. Warum steigen die Löhne nicht stärker? **17**

Medien, TV-/ Radioprogramm 31,32
Forum & Leserbrief 30
München - Bayern 26,27
Rätsel 31
Traueranzeigen 30

Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München; Telefon 089/2183-0, Telefax -9777; redaktion@sueddeutsche.de
Anzeigen: Telefon 089/2183-1010 (Immobilien- und Mietmarkt), 089/2183-1020 (Motormarkt), 089/2183-1030 (Stellenmarkt, weitere Märkte), Abo-Service: Telefon 089/21 83-80 80, www.sz.de/abo
A, B, F, GR, I, L, NL, SL, SK, S, K; € 3,70; dkr. 29; € 3,30; kn 34; SFR. 5,00; czk 110; Ft 990

5 10 3 5
4 190655 802909

Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de